Neues Deutschland – 18.02.2008 / Inland / Seite 3 - URL: http://www.neues-deutschland.de/artikel/124176.html

Vattenfall auf dem Stundenplan

Gewerkschafter und Bürgerbeauftragte warnen vor Privatisierung an Schulen

Von Birgit v. Criegern

Um die Privatisierung öffentlicher Aufgaben ging es am Sonnabend auf der Konferenz »Bildung ist keine Ware«, zu der die GEW Berlin und das Berliner Bündnis gegen Privatisierung eingeladen hatten. Sie machte deutlich, wie weit Private bereits in den hoheitlichen Bereich vorgedrungen sind.

Zerkratzte Fenster, kaputte Türen: Bei maroden Schulgebäuden hoffen viele Beschäftigte und Eltern auf Verbesserung, wenn private Firmen die Sanierung anbieten. Doch dass etwa zukünftig Toilettengeld von den neuen Bewirtschaftern erhoben werden könnte, bedeutet neue Probleme.

Über Toilettengeld an teilprivatisierten Schulen wird bereits in Nordrhein-Westfalen diskutiert. Mit Sorgen sahen die Podiumssprecher der Konferenz »Bildung ist keine Ware« die Entwicklung der Privatisierung öffentlicher Bereiche, besonders an Schulen. Zu der Veranstaltung hatten die GEW Berlin und das Berliner Bündnis gegen Privatisierung eingeladen. Rund 150 Lehrerinnen und Lehrer sowie interessierte Bürger fanden sich am Sonnabend im Oberstufenzentrum Verkehr in Berlin-Tempelhof ein.

Bei Unterfinanzierung öffentlicher Schulen drängen Politiker heute auf Teilprivatisierung mit Public Private Partnerships (PPP). Doch dieses Kooperationsmodell zwischen Staat und Privatwirtschaft habe nichts mit besserer Qualität zu tun, betonte Gerlinde Schermer vom linken Donnerstagskreis der SPD und Bündnis gegen Privatisierung. Firmen versprächen, die Kommunen zu entlasten und Gebäude zu sanieren. »Doch die Schulden wachsen weiter«, so Schermer: Bei Leasing-Verträgen mit Träger-Gesellschaften für 20 bis 30 Jahre verpflichten sich die Kommunen, über den gesamten Zeitraum Leasingraten zu zahlen. Zugleich werde öffentliche Verwaltung aus der Hand gegeben. Zudem warnte die SPD-Linke vor dem Verlust von Fachwissen und dem Abbau von Arbeitskräften. »Effizienz-Versprechen sind trügerisch«, so Schermer. Sie erinnerte daran, dass die Privatisierungen in Berlin bei den örtlichen Strom- und Gasanbietern und der Verkauf von 140 000 Wohnungen die Preise höher schnellen ließen.

Welche Bedeutung das Thema mittlerweile hat, illustriert, dass im Bauministerium eigens eine »Task Force PPP« eingerichtet wurde. In Nordrhein-Westfalen stieg der Anteil der Schulen, die Sponsoring-Verträge mit Firmen abschließen, seit 2006 um 35 Prozent. Dabei erwerben Firmen das Recht, mit schulischem Leistungsangebot zu kooperieren. So können Firmen wie Vattenfall oder Siemens sogar Schulstunden mitgestalten.

Seit 1994 treiben EU-Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (GATS) die Privatisierung öffentlicher Dienste voran. Damit werden Schulen in den OECD-Ländern, die zu mindestens zehn Prozent privat subventioniert werden, dem Wettbewerb am Weltmarkt überantwortet. Lehrpersonal wird zunehmend den Bedingungen privater Sponsoren unterstellt. Die Konferenzteilnehmer waren sich deshalb einig, dass eine Gegenöffentlichkeit auf EU-Ebene geschaffen werden müsse, um die »Vermarktlichung« der Bildung zu stoppen.

Den Einfluss der BertelsmannStiftung bei der »tiefgreifenden Veränderung des Bildungssystems« skizzierte der Politikwissenschaftler Alexander Demirovic. Die Stiftung leitet PPP an Schulen in die Wege. Für das Versprechen, Bildung »marktfähig« zu machen, bekomme sie vom Staat die Macht gewährt, in Verwaltung einzugreifen. Seit acht Jahren stützt Bertelsmann das Regierungsprojekt »Eigenverantwortliche Schulen«. Demnach sollen Schulen mehr mit privaten Firmen kooperieren und betriebswirtschaftlich haushalten. 300 Schulen in NRW sind bislang in das Projekt eingebunden. Zugleich wirkt die Stiftung für Auslese-Verfahren, indem sie per Ranking Schulen in einen Wettbewerb setzt. So entwickelte sie das umfassende Kennziffern-Erhebungssystem SEIS zur »Selbstevaluation in Schulen«, das nun bundesweit an 1600 Schulen Anwendung finden soll.

Über die Privatisierung bei den Berliner Landesdiensten berichtete Uwe Januszewski, Vorsitzender des Hauptpersonalrates von Berlin. Gesellschaften wie die Immobilien-Management GmbH übernehmen nun öffentliche Verwaltungsaufgaben. »Beschäftigte im öffentlichen Dienst finden sich vermehrt in befristeten Verträgen wieder. Oft zu Dumpinglöhnen.« An Kitas würden seit 2007 Leiharbeiter tätig. Januszewski: »Da geht es nicht mehr darum, Leistungen für Bürger vorzuhalten, sondern alles betriebswirtschaftlich zu organisieren.«